Anlage 23 zur GRDrs. 823/2023

**Stellenschaffung**

**zum Stellenplan 2024**

| Org.-Einheit,Kostenstelle | Amt | BesGr.oderEG | Funktions-bezeichnung | AnzahlderStellen | Stellen-vermerk | durchschnittlicherjährlicherkostenwirksamerAufwandin Euro |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 50-015000 1000 | Sozialamt | A 13H  | Sachbearbeiter/ -in | 1,00 |  | 125.600 |

# 1 Antrag, Stellenausstattung

Der Schaffung der o. g Stelle für die Sachbearbeitung Öffentlichkeitsarbeit beim Sozialamt wird zugestimmt.

# 2 Schaffungskriterien

Das Kriterium „erhebliche Arbeitsvermehrung“ wird erfüllt. Auf das Protokoll vom 24.01.2023 des Koordinierungsstabs Ukraine wird verwiesen

# 3 Bedarf

## 3.1 Anlass

Seit 2015/2016 ist das Sozialamt regelmäßig von Krisen stark betroffen, nach einem hohen Flüchtlingszustrom in den Jahren 2015/2016, der Corona-Pandemie seit dem Jahr 2020 und seit Anfang 2022 dem Ukrainekrieg mit seinen Folgen, wie Flüchtlingszustrom und Energiekrise. Das Sozialamt hat es nur geschafft, hierauf adäquat zu reagieren, indem die betroffenen Organisationseinheiten flexibel zusammengearbeitet haben. Dabei ist jedoch deutlich geworden, dass die Voraussetzungen für eine gelingende Zusammenarbeit in dieser Intensität ein sehr gutes Wissensmanagement und schnelle Kommunikation von sich teilweise täglich ändernden Informationen, Rahmenbedingungen und gesetzlichen Grundlagen sind. Hierfür müssen einheitliche Kommunikationswege geschaffen werden.

Insbesondere aufgrund der Krisen nehmen die Presseanfragen an das Sozialamt stark zu, und die Notwendigkeit, proaktiv Öffentlichkeitsarbeit zu gestalten, gewinnt an Bedeutung.

Die Anzahl an Presseanfragen, Interviewvorbereitungen und das Verfassen von Stellungnahmen ist aufgrund von Krisen, wie der Ukrainekrise und beschleunigten Reformprozessen in der Sozialgesetzgebung, wie zum Beispiel in den Bereichen Wohngeld und Bürgergeld, stark gestiegen. Aktuell erreichen das Sozialamt durchschnittlich mind. 10 Presseanfragen wöchentlich, die innerhalb kürzester Zeit koordiniert und bearbeitet werden müssen. Die Einwohner/-innen müssen neben der Politik zeitnah über sie betreffende Veränderungen informiert werden. Dies setzt auch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit des Sozialamts voraus, zum Beispiel durch das Verfassen von Texten für die Internetseiten der Landeshauptstadt Stuttgart, Pressemitteilungen und Flyern. Bürgernahe Kommunikation und die Öffentlichkeitsarbeit für Menschen ohne Deutschkenntnisse werden im Kontext der benannten Krisen und Reformprozesse besonders bedeutsam für die Vermittlung von Informationen. Neue Kommunikationswege über soziale und digitale Medien werden immer wichtiger, da Einwohner/-innen mittlerweile vorrangig über digitale Medien nach Informationen suchen. Ein einheitliches Corporate Design der Öffentlichkeitsarbeit des Sozialamtes sorgt für einen Wiedererkennungswert und eine schnelle Orientierung für die Einwohner/-innen. Für die Personalgewinnung spielen digitale Medien ebenfalls eine wichtige Rolle.

Darüber hinaus nimmt die Notwendigkeit eines Krisenmanagements stetig zu. Die zu schaffende Stelle soll erste Ansprechpartnerin für die Pressestelle des Oberbürgermeisters und das Referat Soziales und gesellschaftliche Integration sein, um konflikthafte Situationen kommunikativ gut begleiten zu können, zum Beispiel bei Anfragen zu den Themen Wohnungsnotfallhilfe und Suchthilfe. Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung zu in der Stadtgesellschaft kontrovers diskutierten Realisierungsvorhaben sollen durch die Stelle ebenfalls begleitet werden. Für die komplexen Themen und Aufgaben der Sozialverwaltung setzt dies ein besonderes und weit gefächertes Wissen über den sozialen Bereich voraus.

Die Stelle soll alle Aufgaben im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation selbstständig bearbeiten. Dabei ist die beantragte Stelle erste Ansprechpartner/-in beim Sozialamt für die Pressestelle und das Referat Soziales und gesellschaftliche Integration.

## 3.2 Bisherige Aufgabenwahrnehmung

Die Aufgaben werden bisher von den Leitungskräften auf Abteilungsleiterebene im Rahmen von Überstunden wahrgenommen. Öffentlichkeitsarbeit für die bestehenden Dienststellen im Sozialamt erfolgt nur marginal im Rahmen der bisherigen Möglichkeiten.

## 3.3 Auswirkungen bei Ablehnung der Stellenschaffungen

Bei Ablehnung der Stellenschaffung können die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und auch die Zuarbeit zu anderen Stellen innerhalb der Stadtverwaltung im Kontext Öffentlichkeitsarbeit nicht in der geforderten zeitlichen Kürze und Qualität erfolgen. Die von der Politik geforderte Bewerbung der Leistungen des Sozialamts wie zum Beispiel für das Wohngeld können nicht erfolgen.

# 4 Stellenvermerke

-